



Stellungnahme des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ)

Akkreditierung des Studiengangs Master of Arts Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

06. Dezember 2017

1. Vorbemerkungen

Das Handbuch „Qualitätssicherung und -entwicklung zur Einrichtung und Weiterführung von Studiengängen“ sieht vor, dass ein Studiengangskonzept nach einem abgestimmten Spektrum ausgearbeiteter Qualitätskriterien bewertet werden sollte.

Zu den berücksichtigten Kriterien zählen folgende Aspekte:

- die Transparenz der Studiengangziele,
- die Anbindung des Studiengangs an Gesamtstrategien und Schwerpunkte des Fachbereichs und der Hochschule,
- die regionale und überregionale Verortung des Studiengangs (Wettbewerbsfähigkeit),
- die Relevanz des Konzeptes für bestehende und zu entwickelnde Forschungsschwerpunkte und für die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses,
- das Vorhandensein hochschulinterner und -externer Kooperationspotenziale,
- die Berücksichtigung internationaler Fachstandards und der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion,
- die internationale Ausrichtung des Studiengangs,
- ein ausreichender Bedarf an Absolventen/-innen auf dem Arbeitsmarkt und die Ausrichtung des Studiengangs an zu erwartenden Studierendenzahlen,
- die berufspraktische Orientierung des Studiengangs,
- der Nachweis notwendiger sächlicher und personeller Ressourcen.

In die Stellungnahme fließen die Einschätzungen zwei externer Fachvertreter, einem Vertreter der Berufspraxis und zwei studentischer Vertreter ein, denen das Konzept des Studiengangs zur Begutachtung vorlag. Die Einschätzungen fallen für das vorliegende Konzept **überwiegend positiv** aus.

2. Ziele und Ausrichtung des Studiengangs

Bei dem konsekutiven, forschungsorientierten Masterstudiengang „Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen“ handelt es sich um einen viersemestrigen Studiengang, der vom Institut für Politikwissenschaften der JGU Mainz zukünftig angeboten werden soll. Der Studiengang richtet sich an Studierende mit einem Bachelorabschluss in Politikwissenschaften und dem Interesse an politikwissenschaftlichen Makrophänomenen und zwischenstaatlichen Beziehungen sowie an qualitativen und quantitativen Methoden.

Die für den Masterstudiengang explizierten Ziele und Leitideen, die sich auf das Kennenlernen, Verstehen und kritische Analysieren der wechselseitigen Abhängigkeiten von Politik und Wirtschaft beziehen, sind aus Sicht der Gutachter/innen inhaltlich interessant, relevant und in Deutschland einzigartig in einem politikwissenschaftlichen Masterstudiengang vereint. Jedoch gaben die Gutachter/innen eine mögliche Divergenz zwischen dem Studiengangtitel und den Studieninhalten zu bedenken, worauf im weiteren Gutachten vertieft eingegangen wird.

Hinreichend ausgeführt wird im Antrag sowohl aus dem Blickwinkel der Qualitätssicherung wie auch der Gutachter/innen, in welcher Weise das Curriculum die seitens des Akkreditierungsrates formulierten überfachlichen Qualifikationsziele (Persönlichkeitsentwicklung, Befähigung zum gesellschaftlichen Engagement, Berufsbefähigung) berücksichtigt und fördert.

3. Einbindung des Studiengangs in Fachbereich, Hochschule und Region

Die Frage nach der Einbettung des Studiengangs in die JGU Mainz und die Region wird aus der Dokumentation des Studiengangs sowohl aus dem Blickwinkel der hochschulinternen Qualitätssicherung, wie auch aus Sicht der Gutachter/innen hinreichend deutlich.

Laut Antrag handelt es sich um einen forschungs- und praxisorientierten Studiengang, der neben seinem politikwissenschaftlichen Schwerpunkt hohe Bezüge zu den Wirtschaftswissenschaften aufweist. Dies unterscheidet ihn von ähnlichen Studiengängen, die jedoch stärker praktisch orientiert seien und einen noch höheren Anteil wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte aufwiesen. Zudem ist der Studiengang PÖIB deutschsprachig mit fakultativen englischsprachigen Angeboten, was ihn ebenfalls von verwandten Studiengängen unterscheidet.

Aus Sicht der Gutachter/innen bündelt der neue Masterstudiengang „Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen“ nicht nur die Kompetenzen mehrerer Lehrstühle am Institut für Politikwissenschaft, sondern bildet auch inhaltlich und methodisch ein attraktives Pendant zum bereits bestehenden Masterstudiengang „Empirische Demokratieforschung“ an der JGU Mainz. Positiv fällt außerdem die Zusammenarbeit mit dem Jean Monnet Centre of Excellence „Europe in Dialogue“ auf, das gemeinsam von der Universität Mainz und der TU Darmstadt betrieben wird.

Nach Einschätzung der Gutachter/innen ist das übergeordnete Thema des Studiengangs im Bereich der Politikwissenschaften in Deutschland bisher einzigartig, weshalb mit einer regen Nach-

frage zu rechnen sei. Ein studentischer Gutachter merkt an, dass es im Bereich der Wirtschaftswissenschaften bereits Masterprogramme gibt, die sich der Frage nach den Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft widmen, so zum Beispiel „International Economics und Economic Policy“ in Frankfurt am Main, „Wirtschaft/Politik“ in Kiel oder „Economics and Public Policy“ in Augsburg.

1. Um geeignete Bewerber/innen anzusprechen, wird eine Kommunikation der politikwissenschaftlichen Verortung in der Außendarstellung empfohlen.

4. Interkulturelle Kompetenzen und internationale Ausrichtung des Studiengangs

Im Rahmen des Masterstudiengangs ist ein Aufenthalt im Ausland laut Studienkonzept grundsätzlich möglich, jedoch nicht verpflichtend. Der Aufenthalt im Ausland kann zum einen über ein Auslandsstudium realisiert werden, zum anderen über das Pflichtpraktikum im Rahmen des Moduls 7. Ein Auslandssemester wird durch die aktuell 25 etablierten Erasmus-Verbindungen zu Universitäten im gesamten europäischen Raum und durch reduzierte Studiengebühren für das Washington Semester Program und die Nelson Mandela Metropolitan University in Port Elizabeth in Südafrika unterstützt.

Die Anerkennung von im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen erfolgt auf Basis der Prinzipien der Lissabon-Konvention. Die Anerkennung von im Ausland erbrachten Praktikumszeiten erfolgt durch den Praktikumsbeauftragten des Instituts für Politikwissenschaft. Laut Einschätzung der Gutachter/innen ist das Verfahren zur Anerkennung transparent dargelegt.

5. Konzeption des Studiengangs, Bedarf und Berufsfeldorientierung

Inhaltlicher Aufbau und Modularisierung

Der Studiengang gliedert sich in insgesamt acht Module. Das Modul 1 umfasst die methodische Ausbildung der Masterstudierenden. Die Module 2 und 3 dienen laut des Instituts dazu, bestehende Grundlagen aus dem Bachelorstudium zu vertiefen und zu erweitern. Die Module 4, 5 und 6 bieten die Möglichkeit der inhaltlichen Spezialisierung. Modul 7 ist das sogenannte Praxismodul, bei dem die Studierenden frei zwischen einem Praktikum und verschiedenen berufsvorbereitenden und interdisziplinären Lehrveranstaltungen wählen beziehungsweise beides kombinieren können. Mit Modul 8 folgt das Abschlussmodul.

- *Modul 1: Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden*
- *Modul 2: Politische Institutionen und Prozesse*
- *Modul 3: Normative und positive politische Theorie*
- *Modul 4: Politische Ökonomie und Wohlfahrtstaatlichkeit*

- *Modul 5: Internationale Politik und Europäische Integration*
- *Modul 6: Inhaltliche Vertiefung mit interdisziplinärer Orientierung*
- *Modul 7: Praxismodul: (1) neunwöchiges Praktikum oder (2) berufs- bzw. forschungspraktisch oder interdisziplinär orientierte Veranstaltungen oder (3) Kombination*
- *Modul 8: Abschlussmodul*

Aus Sicht der Gutachter/innen ist der Studiengang inhaltlich logisch aufgebaut und bildet „ein hoch integriertes und schlüssiges Curriculum“. Die methodische Ausbildung in Modul 1 sei „unverzichtbar“, die Module 2-5 lieferten „Themen und Fragestellungen aus vier klassischen politikwissenschaftlichen Subdisziplinen“, die „einerseits hervorragend zueinanderpassen und andererseits eine sinnvolle Mindestbreite der Ausbildung gewährleisten“. Allerdings äußerten die Gutachter/innen Bedenken, ob der Titel des Studiengangs überzeugend gewählt ist, da nur zwei der sieben Module (Module 4 und 5) explizit in Zusammenhang mit den Inhalten des Titels stünden und sich diese auch nicht durch die Gewichtung mit Leistungspunkten hervorheben. Angemerkt wurde zudem, dass die sehr überzeugende Leitfrage weder im Namen des Studiengangs noch in Modultiteln zu finden sei und die Module 2 und 3 bisher keinen tieferen inhaltlichen Einblick zuließen. Das Institut für Politikwissenschaft hat diese Einschätzungen im Vorfeld dieser Stellungnahme bereits aufgegriffen und weitere Inhalte im Modulhandbuch ergänzt. Nunmehr wird hinreichend deutlich, in welcher Weise die Module 2 und 3 auf die Beantwortung der Leitfrage vorbereiten und das Konzept des Studiengangs unterstützen.

Im Rahmen des Moduls 6 wird eine politikwissenschaftliche Fragestellung zum Thema des Studiengangs zum einen im Rahmen eines Seminars, das vom Institut für Politikwissenschaft angeboten wird, intensiv behandelt. Zum anderen verschafft sich das Institut für Politikwissenschaft vor Semesterbeginn einen Überblick über das Lehrveranstaltungsangebot der Kooperationspartner und stellt so einen Pool interdisziplinärer Veranstaltungen zusammen, die ebenfalls zur Bearbeitung des Seminarthemas beitragen und aus dem die Studierenden wählen können. Die Modulprüfung wird im Rahmen des Seminars der Politikwissenschaft abgelegt. Der Aufbau dieses Moduls wurde auf Wunsch der Gutachter/innen im Modulhandbuch ebenfalls konkretisiert und ist nun für die Studierenden transparent dargestellt.

2. Für das Modul 6 sind noch Kooperationsvereinbarungen nachzureichen.

Das Studienprogramm umfasst 120 LP bei 36-44 SWS, der Studienstart erfolgt in der Regel zum Wintersemester. Die Anzahl der Semesterwochenstunden steht dabei in einem ausgewogenen Verhältnis zur Höhe der Leistungspunkte. Zudem entspricht die Verteilung der Leistungspunkte über die einzelnen Studienjahre, die Größe und die Dauer der Module den JGU-externen wie internen Vorgaben und Empfehlungen.

Veranstaltungsformen sowie Organisation und Ausgestaltung des Prüfungssystems

Auf Grundlage der Ausführungen im Antrag und Modulhandbuch umfassen die Veranstaltungsformen Vorlesungen, Seminare, eine Kleingruppe und ein Pflichtpraktikum. Das vorgesehene Spektrum wird von den Gutachtenden als angemessen erachtet.

Insgesamt sind auf Basis der Unterlagen neben der Masterarbeit und der mündlichen Abschlussprüfung mindestens sechs Modulprüfungen sowie mindestens eine Studienleistung abzulegen.

Zwar kann mit der großen Vielzahl an Hausarbeiten dem Anspruch der Prüfungsvielfalt nicht Rechnung getragen werden, dennoch existiert aus Perspektive der Qualitätssicherung ein Prüfkonzept, das nachvollziehbar macht, dass Hausarbeiten die angestrebten Qualifikationsziele des Studiengangs sinnvoll abprüfen können. Auch die Gutachter/innen stimmen diesem Konzept weitestgehend zu, vereinzelt schlagen sie im Sinne der Prüfungsvielfalt die Einführung einer Klausur, z.B. im Anschluss an eine Vorlesung, vor.

Studienberatung

Eine akademische und administrative Studienberatung ist für die Studierenden des M.A. PÖIB vorhanden und wird durch Dr. Annette Schmitt betreut. Das Studienberatungsangebot umfasst die in der Studienordnung festgeschriebenen Beratungsangebote sowie eine Einführungsveranstaltung für Studienanfänger/innen und Hochschulwechsler/innen, regelmäßige Sprechstunden und sogenannte „Master-Foren“, die zur Information von und Kommunikation zwischen Studierenden und Lehrenden dienen.

6. Berufsfeldorientierung des Masterstudiengangs

Auf Grund seiner Anwendungs- und Praxisorientierung erfüllt der Studiengang nach Ansicht der Gutachtenden die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Sowohl aus berufspraktischer als auch fachgutachterlicher Perspektive seien die Absolvent/innen qualifiziert für wissenschaftliche Einrichtungen, Politik, politiknahe Bereiche, Markt- und Meinungsforschung, Öffentlichkeitsarbeit, Unternehmensberatungen und weitere Wirtschaftszweige. Laut Einschätzungen des Gutachters der Berufspraxis seien die beschriebenen Berufsfelder sehr allgemein gehalten und zutreffend für sämtliche politikwissenschaftliche Studiengänge, sodass die spezifische Qualifikation der Absolventen dieses Studiengangs nicht deutlich genug werde. Andererseits bilde der Studiengang Generalisten im Feld der Politikwissenschaft aus und reagiere damit auf die Heterogenität des Arbeitsmarktes.

7. Personelle und sächliche Ressourcen

Die für den Studiengang zur Verfügung stehenden Ressourcen werden seitens der Gutachter/innen grundlegend als ausreichend erachtet. Die sächliche Ausstattung scheint aus Sicht der Gutachter/innen noch hinreichend, jedoch erscheint „die aktuelle Entwicklungsrichtung sinkender

Zuwendungen besorgniserregend“. Daher sollte mindestens das jetzige Niveau der sächlichen Ausstattung gehalten werden, „um weiterhin Studienbedingungen zu gewährleisten, die der sehr hohen Qualität des Studiengangs entsprechen.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung eines JGU-weiten, einheitlichen Verfahrens zur Berechnung und Festlegung von Curricularnormwerten und dem damit verbundenen Moratorium sei darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen 50 Studienplätze zu je 25 Plätzen auf das bereits bestehende Masterprogramm „Empirische Demokratieforschung“ (EDF) und den neuen Studiengang „Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen“ aufgeteilt werden. Beide Programme sind mit Ausnahme von Modul 6 strukturgleich. Im EDF besteht das Modul aus einer Kleingruppe und einem Projektseminar, hingegen wird im PÖIB ein Seminar vom Institut für Politikwissenschaft angeboten, während die Vorlesung in einem anderen Fach besucht wird. Daher ist davon auszugehen, dass sich die Kapazitäten geringfügig verringern werden, sodass der vorliegende Studiengang akkreditiert werden kann.

Synopse der Empfehlungen bzw. Auflagen

Das Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) sieht die Qualitätskriterien für eine Akkreditierung des Masterstudiengangs vorbehaltlich der Klärung der zuvor ausgeführten Sachverhalte 1 und 2 als erfüllt an. Diese sind bis zum 10. Januar 2017 nachzureichen.